Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet an allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Vereins- u. Kleinanzeigen, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie Ein- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.,
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif.
Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10
(Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 32. **Freitag** 1. Februar 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Sektionschef **Wurmb** im österreichischen Eisenbahnministerium, der Erbauer der neuen österreichischen Alpenbahn, ist gestern in Wien gestorben.

* Aus verschiedenen Gegenden **Deutschlands** und **Frankreichs** werden starke Schneefälle gemeldet. (S. Neues a. a. W. und Letzte Dep.)

* In einer **Nachwahl** zum englischen **Parlamente** hat die liberale Arbeiterpartei ihren Sitz behauptet. (S. Ausl.)

* Die Reise des englischen Königspaares geht nach Paris. (S. Ausl.)

* Bei der Schweizer Regierung ist ein mit 164000 Unterschriften versehener Volksantrag eingegangen, welcher ein Absinthverbot fordert. (S. Ausl.)

* Die Lokomotivenfabrik von Baldwin in Philadelphia, die größte Lokomotivenbauanstalt der Welt, steht seit Dienstag abend in Flammen. Der angerichtete Schaden beträgt über 10 Millionen Mark. (S. Neues a. a. W.)

Die innerpolitische Lage.

Ueber der frohen Genugtuung wegen des Ausgangs der sächsischen Hauptwahlen dürfen wir doch nicht den Ueberblick über die Vorgänge im Reiche aus den Augen verlieren. Sie sind besorgnisserregend genug. Von vornherein soll hier aber erst festgestellt werden, daß die Stichwahlen im Königreich Sachsen von allen den draußen nötigen Erwägungen und taktischen Bedenken unberührt bleiben müssen. Unsere Lage ist eben anders als im übrigen Deutschland. Wir haben es bei allen Stichwahlen mit dem einen, gemeinschaftlichen sozialdemokratischen Gegner zu tun. Bürgerliche Kandidaten stehen einander in Sachsen überhaupt nicht mehr gegenüber. Unter diesen Umständen und bei der unbedingten Notwendigkeit gegenseitiger Wahlhilfe wäre es eine unvergleichliche Torheit, wenn wir die im Reich drohenden Zwistigkeiten auf unser Gebiet übergreifen lassen wollten. Für uns gibt es nur ein Stichwahlziel: Nieder mit der Sozialdemokratie!

Im Reiche liegen vielfach die Dinge nicht so einfach. Und der Grund für die plötzliche Komplikation ist in der bedrohlichen Mandatzahl des Zentrums und der damit näher rückenden Gefahr einer reaktionären Majoritätsmöglichkeit zu suchen. Das Zentrum hat bereits 92 endgültig gewählte Abgeordnete und rechnet noch mit Sicherheit auf rund ein Dutzend Mandate, so daß es zum mindesten ungeschwächt, wahrscheinlich aber mit einem geringen Mandatzuwachs in den Reichstag wieder einziehen kann. Eine antinationale Mehrheit mit Polen, Welfen und Sozialdemokraten zu bilden wird ihnen nicht mehr gelingen wegen der Riesenverluste der sozialdemokratischen Brüderschaft. Dafür aber ist nunmehr infolge der Mandatsgewinne auf der rechten Seite des Hauses die Möglichkeit einer reaktionären Majorität gegeben, die auch in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten dem Hause ihren Willen aufzuzwingen vermag. Man kann es verstehen, daß angesichts dieser drohenden Konstellation, die durch die nie eingeschlafenen Neigungen der Konservativen zum Zentrum noch an Gefährlichkeit gewinnt, bei allen liberalen Parteien des Parlaments, die Nationalliberalen eingeschlossen, eine recht unbehagliche Stimmung Platz greift.

Ihren ersten Ausdruck hat diese Auffassung in der von uns mitgeteilten Stichwahlparole der Freisinnigen Vereinigung gefunden, die sich zwar nicht offen gegen die Konservativen richtet, von diesen aber, wie Aeußerungen der „Deutschen Tagesztg.“ erkennen lassen, so aufgefaßt und auch schon mit der Drohung von Vergeltung beantwortet wird. Aber auch die „National-Ztg.“ rechnet bereits ernsthaft mit der Möglichkeit der „Ausschaltung des gesamten Liberalismus“ bei der Gesetzgebung des Reiches. Sie hält es für nicht unwahrscheinlich, daß das Zentrum eine Wendung nach der nationalen Seite macht, um die Konservativen nicht zu verschnupfen und damit die Liberalen zu jeder Mehrheitsbildung überflüssig zu machen. Zwar hofft das Blatt auf die „aufgeklärten Männer“ Fürst Bülow und Graf Posadowsky, die sich nicht verhehlen würden, „daß ein solches Regime in längstens fünf Jahren einen Rückschlag hervorrufen müßte, der uns um alle Früchte des 25. Januar brächte“. Indessen kommt die Grundstimmung des nationalliberalen Organs doch deutlich genug in dem Schlußsatz zum Durchbruch:

„Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, offen zu sagen, was werden kann. Die Ausschaltung des gesamten Liberalismus, als eines notwendigen Faktors der Gesetzgebung im Reiche, das war ja eigentlich der Zweck der Uebung vom 25. Januar nicht.“

Um diesen Pessimismus recht zu verstehen, ist es nötig, auf einige Vorgänge zwischen den Wahlen näher einzugehen. Zwei Erscheinungen sind es vornehmlich, die ihn mit erzeugt haben. Die „Kölnische Volkszeitung“, das Hauptorgan der Ultramontanen, will von einem Plan erfahren haben, „eine gefügige Regierungsmehrheit dadurch zu schaffen, daß man die wegen der Zunahme der Bevölkerung eigentlich mehr zu wählenden Reichstagsabgeordneten durch die Einzellandtage wählen ließe“. Dieser sogenannte Plan, mitten zwischen Haupt- und Stichwahlen von der für die Volksrechte erglühenden Zentrumszeitung an das Licht des Tages gezogen, kommt den Interessen der Ultramontanen denn doch zu gelegen, als daß ein vorsichtiger Politiker sich nicht seine Gedanken über dies Spiel des Zufalls machen würde. Rundheraus: wir halten die ganze Geschichte für Stichwahlmanöver. Weshalb sollte auch der Kanzler mit solchen finsteren Plänen zwischen den Wahlen besonderen gesetzgeberischen Zwecken sich seine Mehrheiten zusammenzustellen. Wozu also sollte er ohne alle Not die Erregungen heraufbeschwören, die ganz sicher die Folgen solcher „Ausgestaltung“ des Reichstagswahlrechts bilden würden? Trotz dieser naheliegenden Zweifel ist es sehr anerkennenswert, daß der Kanzler nicht gezögert hat, die böswillige Mär der „Köln. Volksztg.“ glatt zu dementieren. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ verspottet die Meldung als eine „flügellahme Wahlrechtsente“ und weist darauf hin, daß die Nation schon selbst für eine national zuverlässige Reichstagsmehrheit gesorgt hat. Damit ist wenigstens etwas zur Zerstreuung liberaler Besorgnisse getan.

Die fürsorgliche Entdeckung der „Köln. Volksztg.“ hätte im übrigen auch sicher nicht die Beachtung gefunden, die ihr zuteil geworden ist, wenn nicht zu gleicher Zeit Herr Ballin von der Hamburg-Amerika Linie einen Ausflug ins Politische unternommen hätte, offenbar eine terra incognita für den sonst viel erfahrenen Kaufmann. Bei einer Feier des kaiserlichen Geburtstages hat Herr Ballin gemeint, einen Vorschlag machen zu müssen zu einer „Ergänzung“ des Reichstagswahlrechts „in der Form berufsständischer Angliederung von Vertretern der großen Erwerbsgebiete, also hier der Industrie und des Handels in allen ihren Verzweigungen“. Es braucht nicht erst begründet zu werden, daß auch dieser Plan durch die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ erledigt worden ist und in dem Kampf um die Stichwahlen keinen Einfluß mehr zu üben berufen sein kann. Indessen sind damit doch auch nur die allergröbsten Reaktionsversuche zurückgewiesen und ausgeschaltet. Es bleibt auch bei den besonnensten Politikern des Liberalismus ein Rest von Mißtrauen gegenüber künftigen Gelüsten, zu denen die neue Konstellation anreizt. Voraussetzung zu solchen Versuchen bliebe freilich immer die Herstellung eines neuen Vertrauensverhältnisses zwischen Regierung und Zentrum und der Wille zur Reaktion bei der Regierung. Vorläufig halten wir aber noch keinen genügenden Grund für gegeben, um diese Stimmung überwuchern zu lassen. Noch vertrauen wir auf das Maß von politischer Einsicht bei der Regierung, daß sie nicht mit einer Felonie gegen den Liberalismus die größte, verhängnisvollste Torheit begehe und mit reaktionären Maßregeln den gewaltigen Erfolg dieser Wahlen in Frage stelle. Inzwischen aber werden alle Liberalen gut tun, bei den Stichwahlen dafür zu sorgen, daß die Macht des Ultramontanismus nicht wächst.

Stolypins Manifest.

In dem Rundschreiben des russischen Ministerpräsidenten an die Verwaltungsbeamten wird darauf hingewiesen, daß seit Beginn der Wahlen gewisse politische Parteien die Propaganda für ihre Ideen mit Hilfe der Presse übertreiben, indem sie bemüht seien, die Handlungen und Absichten der Regierung falsch zu interpretieren, um den Erfolg der oppositionellen Kandidaten zu sichern. Der Präsident des Ministerrats stellt demgegenüber fest, daß die Vertreter der Regierungsgewalt sich nicht in den Kampf der Parteien mischen und die Wahlen nicht beeinflussen dürfen, und erklärt zu wiederholtem Mal, daß die Generalgouverneure und Gouverneure die volle Freiheit bei den Wahlen sichern, stets nur gegen die revolutionäre Propaganda einschreiten und alle falschen Gerüchte über Handlungen und Pläne der Regierung dementieren sollen. Obgleich das Programm der Regierung bekannt sei, sei es immer wieder nötig, darauf hinzuweisen, daß ihre Politik nicht durch zufällige und vorübergehende Umstände beeinflußt sein kann. Die Regierung gibt die Versicherung, daß die Reichsduma, die der Hauptfaktor der Regeneration der Staatsordnung und der Staatsprinzipien sei, und die das Recht der Initiative auf dem Gebiete der Gesetzgebung habe, in der Regierung einen aufrichtigen Mitarbeiter an ihrer fruchtbaren, schöpferischen und versöhnlichen Arbeit finden werde. Die Regierung ist sich der ungeheuren Schwierigkeit bewußt, die die Lösung der mit der Umwandlung der politischen und sozialen Ordnung verbundenen Fragen unter den gegenwärtigen ungewöhnlichen Umständen bietet; deshalb ist sie sicher, daß diese Umwandlung nur gelingen wird, wenn ihre Absichten in der Duma einer Kritik unterzogen werden, und ihre Vorlagen dort eine eingehende praktische Erörterung erfahren. Unter voller Berücksichtigung der Rechte der Reichsduma wird sich die Regierung bei allen ihren Handlungen unwandelbar an die bestehenden Gesetze halten. Die strenge Beobachtung der Gesetze bietet die einzige Möglichkeit, das Vertrauen des Monarchen in die Regierung sowohl als auch in die Reichsduma zu bewahren. Es ist notwendig, auf die Falschheit der Gerüchte hinzuweisen, nach denen die Regierung beabsichtige, die Reichsduma zusammenzuberufen, nur um sie aufzulösen und zu dem vom Kaiser verworfenen Regierungssystem zurückzukehren. Die Regierung verfolgt das Ziel, die Selbstregierung der Semstwos zu entwickeln. Ihr Hauptziel ist die Besserung der Lage der Bauern, nicht nur durch Schaffen von Bodenfonds, sondern auch dadurch, daß sie für einen jeden energischen und fleißigen Arbeiter die Möglichkeit einer eigenen Wirtschaftsführung schafft, ohne daß das Recht von anderen verletzt wird. Die Regierung bereitet ferner Gesetzentwürfe zur Lösung der Arbeiterfragen, zur Regelung der Schulverhältnisse und der Lokalverwaltung vor. Hieraus ist ersichtlich, welch großes Werk der Reichsduma, dem Reichsrat und der Regierung bevorsteht. Deshalb wird die Regierung alle verfolgen, welche Rechte antasten; wird Unruhen mit Strenge unterdrücken und über die Ruhe des Landes wachen.

*

Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Es fällt uns auch nicht ein, an der Aufrichtigkeit der Erklärungen des Ministerpräsidenten zu zweifeln. Es liegen keine Anzeichen vor, welche uns berechtigen würden, Stolypin nicht für einen Ehrenmann zu halten.

Aber man vernimmt leider noch immer so vielerlei aus Rußland, was uns an die Macht des nominellen Staatslenkers nicht glauben läßt. Die Wahlen zur zweiten Duma sind im Gange. Wir wollen gar nicht davon reden, daß die eingegangenen Nachrichten die bisherige Wahlbeteiligung der Berechtigten auf kaum 1 Prozent beziffern, die sich gerade in diesem Augenblicke neben unseren deutschen 90 Prozent besonders kläglich ausnehmen. Und wie gering ist schon der Prozentsatz der überhaupt Wahlberechtigten!

Aber schlimmer ist, was man über das corriger la fortune de la choix erfährt. Die offiziöse Telegraphenagentur hat ja allerdings gestern den Vorwurf der Fälschung der Resultate zurückgewiesen. Ist es aber viel besser, wenn die Korrektur des Ergebnisses freilich nicht durch Betrug, aber doch durch die brutale Gewalt geschieht, die sich notdürftig hinter dem fadenscheinigen Mantel einer kniffligen Auslegung des ohnehin verklauselten Wahlgesetzes versteckt? Wenn selber der hochangesehene Professor Miljukow vom Wahlrecht ausgeschlossen wird, weil er den hohen Zensus erst 358 und noch nicht 365 Tage besitzen soll? Noch ärger sind natürlich die Verhaftungen und Ausweisungen der gewählten Wahlmänner.

Die Nachrichten der letzten Monate berichteten von einer starken Müdigkeit der nicht terroristischen Kreise. Die Blutbäder der Revolutionäre, die Erfolglosigkeit der vereinzelt gebliebenen Erhebungen, auch vielleicht der Widerwille gegen die unpatriotische Tendenz der Bewegung hatten ein Milieu verkehrter Bevölkerungsschichten geschaffen, welches für konservative Aeußerungen des Volkswillens günstig zu sein pflegt. Weshalb ließ man diese Stimmung nicht auswirken, sondern schüttet den Unversöhnlichen durch verwerfliche Machinationen wieder Wasser auf die Mühle? Mit der per fas et nefas zusammengebrachten Force einer Duma wird man doch weder dem Lande genug tun, noch dem Auslande Vertrauen in den Bestand der russischen Staatsordnung einflößen!

Das Reformprogramm Stolypins, welches sich auf dem Papier recht hübsch ausnimmt, wird etwa den Prinzipien des Oktoberverbandes und der Partei der friedlichen Erneuerung entsprechen. Bis es Gesetz wird, und gar bis es in das Stadium der Ausführung kommt, ist noch ein weiter Weg. Immerhin gäbe es Hoffnung, wenn die Regierung in ein ehrliches Verhältnis zu diesen beiden gemäßigten Parteien treten wollte, denen sich ja auch die meisten Deutschen angeschlossen haben. Aber wir fürchten, daß die eigentliche Macht nach wie vor dem Verbande der russischen Leute und seinen Hintermännern bleiben wird, denen nicht nur vorsintflutlichen Absolutisten, sondern auch haferfüllten Blutbunden, deren Taten gerade so zum Himmel schreien, wie die der revolutionären Bombenleute. Solange die Regierung Stolypins nicht den Mut besitzt, diese Gesellschaft von sich abzuschütteln, solange sie selber nicht so fest im Sattel sitzt, um eine energische Abschüttelung wagen zu dürfen, so lange sind wir außerstande, hoffnungsfroh in Rußlands Zukunft zu blicken.

Zum Wahlkampf.

* **In den sächsischen Stichwahlen.** Der im Wahlkreise Meißen-Riesa unterlegene konservative Kandidat Professor Dr. Dinger fordert seine Wähler öffentlich auf, nun für den Landwirt Gaebel (Reformpartei) einzutreten. In Zittau-Oybin werden das Zentrum und der Landwirtebund für den freisinnigen Volksparteiler Buddeberg stimmen. In Dippoldiswalde-Dippe überläßt die freisinnige Volkspartei ihren Wählern, wie sie sich in der Stichwahl entscheiden wollen. Die Nationalliberalen treten für den Konservativen Giese ein. Auch die Studentenschaft der Dresdner Technischen Hochschule wird für die Stichwahlen in Dresden-Altstadt, Meißen-Riesa und Döbeln-Waldheim mobil gemacht, um den bürgerlichen Parteien Wahlhilfe zu leisten.

* **Mittelstandsparole für die Stichwahlen.** Die Mitteilungen der Mittelstands-Vereinigung im Königreich Sachsen an die Presse enthalten die Mittelstandsparole für die Stichwahlen. Sie weist darauf hin, daß der Mittelstand bei den Wahlen tapfer seinen Mann gestellt habe, namentlich auch indem er sogenannte Mitläufer der Sozialdemokratie zurückgewonnen habe. Die Parole führt dann aus — der Mittelstand möge seine Pflicht tun bei der Stichwahl im Kampf gegen die Sozialdemokratie, auch wenn er dadurch bürgerliche Kandidaten unterstützen müsse, die den Mittelstandsforderungen ablehnend gegenüber stehen. Der Feind sei die Sozialdemokratie, das müsse im Auge behalten werden.

Leutzsch, 31. Januar. Gestern hatten die Genossen noch einmal eine Wählerversammlung einberufen, die aber mindestens zur Hälfte von bürgerlichen Wählern besucht war. Als Referenten hatten sie sich Herrn Lütsch aus Leipzig verschrieben; sie haben keinen glücklichen Griff getan. Es schient, als ob die Genossen diesen Wahlkreis schon verloren geben, sonst würden sie wohl nicht einen so schwachen Redner auf die unschuldigen Wähler losgelassen haben. Daß die Sozialdemokratie an Werbekraft verloren habe, konnte und durfte er natürlich nicht zugeben. Er sprach von einer reinlichen Scheidung zwischen den waschechten Genossen und den Mitläufern. Dann sprach Herr Lütsch noch frei nach Erzberger über die grausigen Zustände in unseren Kolonien, über Steuerlasten, über innere Politik und vor allen Dingen über Kultur. „Kultur“ und „Kulturstaat“, diese Worte fielen fast in jedem Satze. Zuerst meldete sich Herr Diakonus Jaeckel zum Wort, den der Versammlungsleiter aufforderte, nicht vom Himmelreich und dergl. zu sprechen. Herr Jaeckel bewies, daß die Sozialdemokraten nicht etwa, wie sie behauptet, die Partei des Fortschrittes, sondern der krassesten Reaktion sei. Dann nahm Herr Komoll das Wort und widerlegte unter dem Beifalle der Mehrheit der Versammlung die Ausführungen des Referenten. Als Herr Komoll eine halbe Stunde gesprochen hatte, wurde er den Genossen, die ihn schon vorher niederzuschreien versucht hatten, unbequem und der Versammlungsleiter ließ ihm nur noch 5 Minuten Redezeit, die Herr Komoll auch trefflich ausnutzte. Als letzter Redner sprach Herr Reichard aus Kamerun aus eigener Kenntnis über die Kolonien und fand mit seinen interessanten Ausführungen über die guten Aussichten, die dort dem Kolonisten blühen, ein aufmerksames Ohr bei den Zuhörern. Herr Lütsch wußte nicht viel zu erwidern. Interessant war nur, daß auch er den Sauherdenton der „Leipziger Volkszeitung“ nicht billigte.

△ **Plauen i. V.,** 31. Januar. In einer von über 1000 Personen besuchten öffentlichen Wählerversammlung, die gestern abend im großen Saale der „Freundschaft“ abgehalten wurde, trat Bürgermeister Dr. Schanz aus Oelsnitz entschieden für die Wahl des Kandidaten der freisinnigen Volkspartei Landtagsabgeordneten Oskar Günther ein und sprach dann fast zwei Stunden lang über die wirtschaftliche Bedeutung unserer Kolonien. Auch der Vorsitzende der Ortsgruppe Plauen des Alldeutschen Verbandes, Realgymnasial-Oberlehrer Dr. Zemmrich, betonte nachdrücklich, alle kleinlichen Bedenken müßten zurücktreten in dem entscheidenden Kampf, damit sich alle Stimmen vereinigten auf den einzigen noch vorhandenen Kandidaten der nationalen Parteien. Justizrat Dr. Moeller wies im Schlußworte darauf hin, daß der Kampf diesmal vorbildlich gewesen sei für die Zukunft, denn jede persönliche Anspannung sei vermieden worden und die bürgerlichen Parteien seien einander näher getreten. Er schloß mit der Bitte, am Tage der Stichwahl alle Stimmen auf Oskar Günther zu vereinigen.

*

* **Die Stichwahlparole der Regierung** findet ganz in dem von uns gestern behandelten Sinne, nur in noch weit schärferer Form eine Beurteilung durch die „Tägl. Rundschau“. Sie schreibt in einem Leitartikel u. a.:

Es ist der schlimmste Dienst, den sie (die Regierung) der Wahlbewegung erweisen konnte, eine Erschütterung des Vertrauens, wie es die Oppositionsparteien nie zuwege gebracht hätten, eine Fälschung der Anti-Zentrumswahlbewegung von 1907, wie sie sich das Zentrum in seinen kühnsten Träumen nicht erhoffen konnte. Wenn die Regierung heute schon wieder für das Zentrum eintritt, so werden sich die Massen, die sich auf ihren Anruf in Bewegung gesetzt haben, um die Regierung vom Zentrumsjoch zu befreien, als die Betrogenen erscheinen, und Fürst Bülow unterschätzt die Stärke der von ihm und Dernburg entfachten Bewegung, wenn er glaubt, sie zurückdrängen zu können, sobald sie ihren Zweck erfüllt hat. Zwischen der Regierung und dem Volke ist ein Pakt geschlossen worden, daß nunmehr in Deutschland die Zentrumsvorherrschaft gebrochen sei und die Regierung sich aus ihrer Abhängigkeit von der Zentrumsdiktatur befreien soll, nachdem ihr das Volk durch Schwächung der Sozialdemokratie eine neue Mehrheitsbildung ermöglicht hat. Zerreißt die Regierung einseitig diesen Pakt, so verliert sie jedes Vertrauen im Lande, und die konservativ-klerikale Mehrheit, auf die sie sich vielleicht stützen kann, ist kein Ersatz für dieses Fundament ihrer Existenz, zumal das Zentrum, das ein besseres Gedächtnis hat wie die Regierung, ihr den 13. Dezember doch nie verzeihen wird.

Der Artikel schließt: „Gegen Sozialdemokratie und Zentrum. Keinem Sozialdemokraten eine Stimme, aber noch weniger dem Zentrum.“ Leider denkt man in nationalliberalen Kreisen schon heute anders. Es scheinen sowohl im Rheinland wie in Hessen wirklich Verhandlungen mit dem Zentrum stattzufinden, um sich gegenseitig Mandate zu sichern. Das wird sich schwer rächen.

-o- **Aus Thüringen,** 30. Januar. Die Reichstagswahlergebnisse aus 13 thüringischen Wahlkreisen zeigen, daß gerade in Thüringen der Prozentsatz der 1907 abgegebenen Stimmen ein äußerst hoher ist. Während 1903 nur 303 946 Stimmen abgegeben wurden, sind nach den vorliegenden Ziffern ca. 337 704 Stimmen bei der diesjährigen Hauptwahl gezählt worden, das ist ein Mehr von 33 758. Die Wahlbeteiligung umfaßte denn auch 90 Prozent aller Wahlberechtigten in einigen Wahlkreisen. Die Konservativen und der Bund der Landwirte erhielten gemeinsam 43 756 gegen 50 096 Stimmen im Jahre 1903. Die Abnahme der Gesamtziffer ist auf Konto der zahlreichen gemeinsamen Kandidaturen zu setzen, durch die alle Zählkandidaten in Wegfall kamen. Die Antisemiten stiegen von 18 188 auf 30 968 Stimmen, haben also 1907 66 Prozent zugenommen. Die Nationalliberalen zählten 1903 nur 31 112 Stimmen, während sie jetzt 80 132 aufweisen können. Demgemäß hat sich auch die Zahl ihrer Mandate in Thüringen vermehrt. Die beiden freisinnigen Parteien erhielten 1903 gemeinsam 52 404 Stimmen in 11 Wahlkreisen. Bei den diesjährigen Wahlen partizipierten die Freisinnigen an den Mandaten in 7 Wahlkreisen und erhielten 54 724 Stimmen, haben also ebenfalls einen ganz bedeutenden Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Das Zentrum besaß 1903 im Eisenacher Wahlkreis 1313 Stimmen, die aber, da es in diesem Wahlkreis gleich im ersten Wahlgang für den Deutsch-Sozialen eintrat, 1907 in Wegfall kamen. Die Sozialdemokraten endlich erhielten bei den letzten Wahlen 130 446 Stimmen, die sie 1907, trotz der starken Wahlbeteiligung, nur auf 138 724 Stimmen vermehren konnten. Das Plus von 8000 Stimmen ist kein großer Ersatz, um so weniger, als sie in Thüringen in wenig aussichtsvollen Stichwahlen stehen. Im Großherzogtum Sachsen-Weimar beteiligen sich die Sozialdemokraten zwar an den Stichwahlen in allen drei Wahlkreisen, es ist aber fraglich, ob sie ihr Mandat im Wahlkreis Weimar werden behaupten können; die anderen beiden Kreise, Jena und Eisenach, dürften sie kaum erringen. In Erfurt, das sie diesmal schon im ersten Wahlgang zu erobern hofften, sind ihre Aussichten gleichfalls nicht günstig. Auch Altenburg und Koburg dürften zu den sauren Trauben zählen. Im ersten Wahlgang hat die Sozialdemokratie bereits folgende Mandate verloren: Gotha, Sonneberg, Rudolstadt und die beiden Wahlkreise von Reuß j. und ä. Linie. Es ist also nicht unmöglich, daß die Sozialdemokraten diesmal aus den thüringischen Wahlkreisen vollständig ausscheiden.

Rh. **Aus der Pfalz,** 30. Januar. Es steht jetzt fest, daß bei den pfälzischen Stichwahlen Zentrum und Sozialdemokraten einander in die Hände arbeiten werden. Diese kommen in Ludwigshafen-Speyer mit dem Nationalliberalen Buhl, in Kaiserslautern mit dem Bündler Dr. Rösicke in die Stichwahl. Dort hat ihr Kandidat Ehrhart einen Vorsprung von rund 5000 Stimmen, der ihm den Sieg schon dann sichert, wenn das Zentrum Wahlenthaltung proklamiert. In Kaiserslautern ist Clement um 3300 Stimmen hinter Dr. Rösicke zurückgeblieben, darf jedoch in der Stichwahl auf die 4000 demokratischen Stimmen hoffen. Gleichwohl würde ihm einfache Wahlenthaltung des Zentrums das Mandat noch nicht sicher stellen. Anderseits kommt das Zentrum in Landau, Germersheim und Zweibrücken mit den Nationalliberalen in die Stichwahl. In Landau dürfte der Nationalliberale Schellhorn selbst dann siegen, wenn die Sozialdemokratie für das Zentrum eintritt; denn er hat 5900 Stimmen Vorsprung, verfügt noch über Reserven, und die 6300 Sozialdemokraten sind keinesfalls vollzählig für den Zentrumsmann Erlewein an die Urne zu bringen. Auch in Germersheim ist der Sieg des Nationalliberalen Cro-

SLUB
Wir führen Wissen.